

Kopf des Tages

Wir verkaufen deinen Mops auf Ebay

Edda Eine deutsche Stadtverwaltung hat einer verschuldeten Frau den Hund weggenommen und ihn im Internet angeboten.

David Hesse

Die Welt ist schlecht. Um die Schulden einer Frau einzutreiben, hat die deutsche Kleinstadt Ahlen ihren Mops gepfändet und auf Ebay verkauft. Dies berichtete erst die Lokalzeitung «Ahleener Tageblatt», mittlerweile recherchieren «Spiegel», «Welt» und «Frankfurter Allgemeine Zeitung».

Die frühere Hundebesitzerin erzählte der Lokalzeitung ihre Sicht der Dinge. Ja, sie habe Schulden, unter anderem die Hundesteuer nicht bezahlt. Im November seien deshalb eine Gerichtsvollzieherin und zwei Mitarbeiter der Stadt vor der Tür gestanden, mit Durchsuchungsbeschluss. Erst hätten sie den Rollstuhl des Ehemannes mitnehmen wollen, doch der sei nur geliehen. Dann entschieden sie sich für Edda, den Familienhund, eine Mopsdame. «Der Hund habe den

höchsten Wert, wurde mir gesagt», so die Frau im «Tageblatt». Am Samstaglaustag wurde Edda abgeholt, vor den Augen der Kinder. Die Familie vermisste den Hund schmerzlich.

Noch im Dezember stiess eine Polizistin aus Wülfrath im Rheinland auf eine Annonce bei Ebay-Kleinanzeigen: «Süsse Mopsdame mit Stammbaum zu verkaufen! Nicht kastriert!» Verhandlungspreis 750 Euro, das Tier sei kerngesund. Verkauft werde von einem Privatanbieter, stand da, er nannte einen Vornamen. Als die mopsinteressierte Polizistin die angegebene Nummer wählte, landete sie bei der Stadtverwaltung Ahlen. Verkäufer war der Mitarbeiter, der den Hund im Auftrag der Stadt gepfändet hatte. Am Telefon habe er erklärt, Edda sei der früheren Besitzerin wegen Schulden weggenommen worden, erzählt die Polizistin dem



«Tageblatt». Auf ihre Nachfrage, ob die Stadt wirklich Haustiere pfände, habe es geheissen: Alles rechtens. Die Polizistin kaufte den Hund, 690 Euro.

Diese Woche hat sie Klage beim Amtsgericht Ahlen eingereicht. Denn die im Internet erstandene Lebendware war nicht wie beschrieben – nicht gesund. Wegen einer «massiven Augenverletzung» habe Edda eine Notoperation in der Tierklinik Duisburg gebraucht, inzwischen sei sie vier Mal operiert worden. Die Kosten für diese medizinischen Behandlungen von rund 1800 Euro fordert die Polizistin nun von der Stadt zurück, ebenso den Kaufpreis.

Der Stadt sind die vielen Presseberichte unangenehm. Ahlens Bürgermeister Alexander Berger (CDU) teilte mit, den Vorfall aufklären zu wollen. Er räumt ein, die Verwendung eines privaten Ebay-Kontos für den Hundeverkauf

sei wohl nicht korrekt gewesen. Das Geld sei aber in die Stadtkasse geflossen. Per Dienstweisung will der Bürgermeister dafür sorgen, dass sich ähnliche Fehler nicht wiederholen.

Dass Haustiere über Ebay-Kleinanzeigen verkauft werden, ist nicht selten, es gibt da eine eigene Rubrik. Problematischer ist die Pfändung. Eine Sprecherin des Innenministeriums Rheinland-Westfalen sagte der «Rheinischen Post»: «Um Geldforderungen einzutreiben, können zwar auch Tiere gepfändet werden, Haustiere jedoch grundsätzlich nicht.» Die Stadt bietet an, Pfändung und Verkauf rückabzuwickeln, wenn Vorbesitzerin und neue Halterin dies wünschen. Die Polizistin behauptet, beide Seiten wollten das nicht: «Der Hund bleibt bei mir.» Die frühere Besitzerin hat Angst vor Kosten. Und Edda? Die heisst jetzt Wilma. Und sagt nichts.

Leserbriefe

«Politik muss andere Wege gehen»

Gesundheit «Der Mittelstand wird enteignet»,
TA vom 4.3.

Die Mittelschicht nicht unterschätzen
Es ist doch erstaunlich für einen Stimmbürger, zu sehen, wie sich ausgerechnet die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP mit Vehemenz dafür einsetzen, dass die sowieso bereits sehr limitierten Ergänzungsleistungen noch weiter gekürzt werden. Will man den restlichen Sozialstaat noch völlig demontieren? Mit welchen unsinnigen Argumenten wollen diese Parteien einem erklären, wie ein gesundheitlich bereits geschwächter Mensch sich im Alter finanziell ausrichten muss? Und alles im Kontext genau der Parteien, die demnächst den Stimmberechtigten klarmachen wollen, dass es Milliarden für neue Militärflugzeuge braucht! Man wird sich daran erinnern müssen, wenn die Vorlagen vor das Volk kommen, und die Rentnerinnen und Rentner werden reflektieren, wie diese Parteien vorgehen, um vergleichsweise lächerliche 130 Millionen pro Jahr bei den Sozialleistungen einzusparen. Es ist die Mittelschicht, die den Löwenanteil der Steuern aufbringt bzw. legal versteuert. Leider ignorieren die bürgerlichen Parteien diese Tatsachen konstant.

Norbert Stoller, Kilchberg

Egoismus macht sich breit

Es ist ein Leichtes von den bürgerlichen Parteien, den Schwarzen Peter an jene abzugeben, welche sich im Leben durch viele Entbehrungen ein Haus erwerben und Kapital aufstocken konnten. Ja, für den Mittelstand war dies in den 80er-Jahren noch möglich. Jetzt haben sich die Zeiten grundlegend geändert. Der Egoismus macht sich in der Gesellschaft breit. Der

immer grösser werdende Sozialstaat Schweiz ist zum grossen Auffangnetz geworden, eine umfassende und für alle zugängliche Vorsorge für Krankheit und Alter. Wer dies alles bezahlen soll, fällt unseren Verantwortlichen in der Politik reichlich spät ein. Jene zur Kasse zu bitten, welche im Leben nichts erwirtschaftet haben, ist nicht möglich. Also liegt die Tatsache nahe, dass das nötige Kapital nur von jenen kommen kann, welche durch einen Häuserkauf, durch harte Arbeit ihr Vermögen vermehren konnten. Warum liegt der Fokus der Diskussion immer nur auf der Habenseite? Darf nicht auch einmal hinterfragt werden, warum wir in der Schweiz unveranschämte hohe Pensionskosten in Alters- und Pflegeheimen haben. Wodurch sind die horrenden Medikamentenpreise zu rechtfertigen? Muss auch nicht endlich darüber gesprochen werden, wieweit es ein lebenswertes Leben gibt, welches nicht nur Ertrag in die Kassen der Heimbetreiber und der Pharmalobby spült? Anstatt den Mittelstand auszubluten, immer neue Geldströme erschliessen zu wollen, sollte unsere Gesellschaft nicht nur darüber reden, wer dies alles bezahlen soll, sondern auch darüber, ob wir eine solche letzte Lebensphase überhaupt wollen und noch finanzieren können. Die Politik muss neue Wege gehen.

Alice Kaminski, Oetwil am See

Schreiben Sie Ihre Meinung

Tages-Anzeiger, Redaktion Leserforum,
Postfach, 8021 Zürich
www.tagesanzeiger.ch
leserforum@tages-anzeiger.ch

Gastbeitrag

Per Initiative Forschung und Medizin verbieten?

Tierversuche In der Schweiz gehen Regulierung und Spitzenforschung Hand in Hand. Einige wollen jedoch ein Totalverbot der biomedizinischen Forschung.

Die Initiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot» will Lehrpersonen verbieten, mit ihren Schülern Kaulquappen zu züchten. Sie will Ökologen daran hindern, Vögel zu beringen, um Naturschutz-Fragen zu klären. Und sie will die tierexperimentelle Erforschung von Krebs oder Alzheimer zum Erliegen bringen. Denn in allen drei Fällen handelt es sich nach Schweizer Recht um Tierversuche. Und alle drei Fälle wären bei einer Annahme der Initiative verboten.

Damit nicht genug: Auch jede wissenschaftliche Untersuchung am gesunden Menschen soll verboten werden. Keine psychologischen Tests mehr, um menschliche Verhalten zu ergründen. Keine Magnetresonanztomographien mehr, um die Geheimnisse des menschlichen Hirns zu lüften. Und vor allem: Keine klinischen Studien mehr, um die Wirksamkeit von Medikamenten und Therapien zu testen. Konsequenterweise müsste man die Initiative «Forschungsverbot» nennen.

Oder genauer: «Forschungs- und Medizinverbotsinitiative». Denn die Initiative hat es nicht nur auf die biomedizinische Forschung, sondern auch auf deren Produkte abgesehen. Medikamente und Therapien, die im Ausland mit Studien an Tieren und Menschen entwickelt werden, sollen in der Schweiz verboten werden. Wenn also eine Forschungsgruppe aus Deutschland einen Durchbruch in der Krebsforschung erzielt, dann wären Schweizerinnen und Schweizer von den daraus entstehenden Therapie ausgeschlossen. Nur Medikamente

und Therapien, die heute bereits auf dem Markt sind, will die Initiative mehrheitlich zulassen.

Dass eine derart extreme Initiative zustande gekommen ist, sollte Forschenden zu denken geben. Insbesondere, weil die biomedizinischen Wissenschaften auch von anderer Seite unter Druck stehen. Im Nationalrat ist eine parlamentarische Initiative hängig, die schwer belastende Studien mit Tieren komplett verbieten möchte. Forschung zu Krebs oder tödlichen Infektionen würde damit praktisch verunmöglicht. In Basel werden Grundrechte für Primaten und damit indirekt für alle Tiere gefordert. Denn wer einem Mausmaki Grundrechte verleiht, kann sie einer Maus kaum vorenthalten. Und in Zürich klagen Forschende, dass die bürokratischen Hürden für eine Tierversuchsbewilligung immer höher und undurchschaubarer würden.

Angesichts dieser Entwicklungen überlegen sich viele Forschende, ins Ausland auszuweichen, oder haben diesen Schritt bereits vollzogen. Den Tieren ist damit nicht gedient – im Gegenteil: Die Forschung wandert ab nach Europa und in die USA, aber auch nach China. In Regionen also, in denen die Tierschutzgesetze weitaus weniger streng sind als in der Schweiz.

Dennoch wäre es falsch, die Schweiz als die beste aller Tierversuchswelten zu sehen. Auch bei uns werden zu viele Studien von mangelnder Qualität und Aussagekraft produziert. Dem gilt es entgegenzuwirken. Nötig sind dafür nicht nur Experten in den

Bereichen Versuchstierkunde, Ethik und Tierschutz, sondern auch solche, die statistisches und humanmedizinisches Wissen mitbringen. Denn ein solider Studienaufbau, die Reproduzierbarkeit der Studienergebnisse sowie deren Übertragbarkeit auf den Menschen sind genauso bedeutend wie tiermedizinische oder ethische Aspekte.

Und es braucht vor allem mehr Ehrlichkeit: Wir können Tierversuche nicht abschaffen, ohne auf biomedizinische Erkenntnisse zu verzichten. Wenn wir komplexe Erkrankungen wie Alzheimer oder Krebs verstehen wollen, dann benötigen wir klinische Untersuchungen am Menschen genauso wie Computersimulationen, Experimente mit Zellkulturen und – bis auf Weiteres – auch Tierversuche.

Ebenso klar ist aber, dass nicht jede biomedizinische Erkenntnis einen Tierversuch rechtfertigt. Wir müssen uns also damit abfinden, die Diskussion über die Zulässigkeit von Studien mit Tieren immer wieder von Neuem zu führen. Angenehm ist das nicht, aber notwendig.

**Servan Grüninger**

Der Biostatistiker ist Präsident von «reatch», einer unabhängigen Ideenschmiede, welche die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft stärken will.

Tages-Anzeiger

Herausgeberin Tamedia AG Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Tel. 044 248 41 11
Leserschaft: 388'000 Personen (MACH Basic 2018-2)
Verbreitete Auflage: 140'800 Ex. (WEMF 2017)
Davon verkaufte Exemplare: 122'849 Ex.
Jahresabonnement: CHF 574.–
Weitere Abonnements-Angebote auf abo.tagesanzeiger.ch
Verleger Pietro Supino
Chefredaktion Tages-Anzeiger Judith Wittwer (jw),
Chefredaktorin, Hannes Nussbaumer, Stv. (han)
Chefredaktion Redaktion Tamedia Arthur Rutishauser,
Chefredaktor (ar), Adrian Zurbriggen, Stv. (azu), Armin Müller (arm), Iwan Städler (is), Michael Marti (MMA)

Nachrichtenchefs Angela Barandun (aba), Matthias Chapman (cpm), Patrick Kühnis (pak), Thomas Möckli (mō)
Redaktionsleiter
Meinungen: Edgar Schuler (ese), **Schweiz:** Daniel Foppa (daf), Fabian Renz (fre), **International:** Christof Mürger (chm), **Wirtschaft:** Peter Burkhardt (pbu), **Recherchedesk:** Thomas Knellwolf (tok), Oliver Zihlmann (oz),
Kehrseite: Bea Emmenegger (bem), **Zürich:** Hannes Nussbaumer (han), **Sport:** Ueli Kägi (ukä), Adrian Ruch (ar), Alexandra Stäubli (als), **Kultur:** Guido Kalberer (kal),
Gesellschaft: Bettina Weber (bwe), **Service:** Giuseppe Wüest (wü), **Wissen:** Nik Walter (nw), **Digital Storytelling & Repackaging:** Marc Brupbacher (bru), **Video:** Jan Derrer (jd), **Social Media:** Fabienne Romanens (fab),
Datenjournalismus: Barnaby Skinner (bsk)

Leitung Tamedia Editorial Services Viviane Joyce (vj)
Ressortleitende Tamedia Editorial Services
Textproduktion Bezahlmedien: Stefan Ryser (sry), Raphael Diethelm (Stv.), **Layout:** Andrea Müller, **Bild:** Olaf Hille, **Infografik:** Michael Rüegg, **Korrektur:** Rita Frommenwiler
Verlag Verlagsleitung: Marcel Tappeiner, **Produktmanagement:** Gabi Weltstein, **Leitung Werbemarkt:** Oliver Pargäzi, **Verkaufsleitung Schweiz:** Florian Gärtner
Ombudsmann der Tamedia AG Ignaz Staub,
Postfach 837, CH-6330 Cham 1,
ombudsmann.tamedia@bluewin.ch
Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Tamedia AG

i.S.v. Art. 322 StGB: Actua Immobilien SA, Adagent AG, autorcardo AG, 20 minuti Ticino SA, Adextra AG, Basler Zeitung AG, Berner Oberland Medien AG BOM, BOOK A TIGER Switzerland AG, CIL Centre d'Impression

Lausanne SA, DJ Digitale Medien GmbH, Doodle AG, Doodle Deutschland GmbH, dreifive AG, Konstanz, dreifive GmbH, Wien, dreifive (Switzerland) AG, DZB Druckzentrum Bern AG, DZZ Druckzentrum Zürich AG, Edita S.A., Goldbach Audience Austria GmbH, Goldbach Audience (Switzerland) AG, Goldbach Austria GmbH, Goldbach Digital Services AG, Goldbach DooH (Germany) GmbH, Goldbach Germany GmbH, Goldbach Group AG, Goldbach Management AG, Goldbach Media Austria GmbH, Goldbach Media (Switzerland) AG, Goldbach SmartTV GmbH, Goldbach TV (Germany) GmbH, Goldbach Video GmbH, Homegate AG, ImmoStreet.ch S.A., Jaduda GmbH, JobCloud AG, Jobsuchmaschine AG, Jointvision E-Services GmbH, LZ Linth Zeitung AG, Meehan Solutions Ltd., MetroXpress Denmark A/S, Neo Advertising AG, Olmero AG, ricardo.ch AG, ricardo France Sàrl, Schaer Thun AG, Starticket AG, swiss radioworld AG, Tamedia Espace AG, Tamedia Publications romandes SA, Trendsales ApS, Verlag Finanz und Wirtschaft AG, Zürcher Oberland Medien AG, Zürcher Regionalzeitungen AG
Neben den klassischen Formen von Werbung erscheinen in den Medien von Tamedia zwei Formen von Inhaltswerbung:
Paid Post: Im Zentrum steht in der Regel das Produkt oder die Dienstleistung des Werbekunden. Die Erscheinungsform hebt sich vom Layout des

Trägermittels ab. Diese Werbemittel sind mit «Paid Post» gekennzeichnet. Sponsoring: Der Inhalt orientiert sich in der Regel an einem Thema, das in einer Beziehung zum Produkt oder zur Dienstleistung des Werbekunden steht und journalistisch aufbereitet wird. Dieses so genannte Native Advertising ist mit dem Layout des Trägermittels identisch und wird mit «Sponsored» gekennzeichnet. Beide Werbemittel werden vom Team Commercial Publishing hergestellt. Die Mitarbeit von Mitgliedern der Tamedia-Redaktionen ist ausgeschlossen. Weitere Sonderwerbemittel oder Formen der Zusammenarbeit mit Kunden, etwa im Bereich Reisen oder Auto, werden gesondert ausgewiesen.

Eine Marke von Tamedia

LENA LEADING EUROPEAN – NEWSPAPER ALLIANCE
EL PAÍS – LE SOIR – LE FIGARO
LA REPUBBLICA – TAGES-ANZEIGER
TRIBUNE DE GENÈVE – DIE WELT